

zurück, der in der Folge in der Wählergunst sank und die Wahlen verlor. In São Paulo trat der Gouverneurskandidat *Francisco Rossi* mit dem Wahlslogan „Laß dich durch Gottes Hand leiten“ auf und suchte damit vor allem die Wähler aus der evangelischen Kirche anzusprechen. Er verzichtete erklärtermaßen auf ein Regierungsprogramm und stellte sich als Vertreter einer am Evangelium orientierten Politik vor. Damit gelang es ihm immerhin, von einer aussichtslosen Ausgangsposition zum zweitbestplatzierten Kandidaten in diesem wichtigsten Bundesstaat Brasiliens, in dem 50 Prozent des Industriepotentials konzentriert sind, vorzustoßen.

Die in der Pastoral tätigen katholischen Geistlichen und Laien arbeiten an der Grenze zwischen Politik und Religion. Sie helfen mit beim Aufbau von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen, in denen die von der Gesellschaft Ausgeschlossenen lernen, sich selbst zu helfen. Diese Form der Hilfe am Nächsten nimmt breiten Raum neben der Verkündigung des Evangeliums ein. In vielen Fällen kommt es zur Zusammenarbeit mit politischen Bewegungen, wie der Arbeiterpartei PT. Dieses praktische Engagement von Christen ist nicht mit opportunistischem Mißbrauch der Bibel durch Scharlatane zu verwechseln.

Bruno Speck

Kurzinformationen

Neue Zwangsmaßnahmen im schweizerischen Ausländerrecht

In der Volksabstimmung vom 4. Dezember 1994 haben sich 72,9 Prozent der Stimmenden für das Bundesgesetz über Zwangsmaßnahmen im Ausländerrecht ausgesprochen. Mit diesem vom Parlament verabschiedeten Gesetz können durch neue Zwangsmittel, wie Vorbereitungs- und verlängerte Ausschaffungshaft oder individuelle Sperrzonen, Mißbräuche im Asyl- und Ausländerrecht bekämpft werden. Diese gegen kriminelle Asylsuchende, namentlich Drogenhändler, gerichteten Maßnahmen betreffen alle Ausländer ohne Aufenthalts- oder Niederlassungsbewilligung. Deshalb wurde gegen das Gesetz das Referendum ergriffen mit der Begründung, es ermögliche unverhältnismäßige Eingriffe in die Grundrechte und verstoße gegen Verfassungsgrundsätze. Im Abstimmungskampf haben auf politischer Seite namentlich die Sozialdemokraten und die Grünen, auf kirchlicher Seite vor allem die *Hilfswerke* das Gesetz bekämpft. Auf *katholischer* Seite hat sich der Präsident der Schweizer Bischofskonferenz, Bischof *Pierre Mamie*, ungewöhnlich scharf geäußert: Das Gesetz führe in das schweizerische Recht Zwangsmaßnahmen gegen Ausländer ein, deren Anwendung der Gesetzgeber sonst nicht einmal bei Straftätern als zulässig erachte. Die

Straffälligkeit von Ausländern rechtfertige die Maßnahmen nicht, „welche zur Diskriminierung von Menschen beitragen, die sich in unserem Land sowieso in einer schwierigen Situation befinden. In der Tat würden die erwähnten Maßnahmen nur dem Anwachsen der Fremdenfeindlichkeit Vorschub leisten“. Unterstützt wurde Bischof Mamie von 20 katholischen Organisationen und Verbänden, angeführt von der Caritas Schweiz, mit einer ausführlichen Erklärung unter dem Titel: „Dem Geist der Verfassung treu bleiben. Unser Nein zu den Zwangsmaßnahmen im Ausländerrecht.“ Öffentlich kritisiert wurde die bischöfliche Stellungnahme von rechtskatholischer und rechtsbürgerlicher Seite (Schweizerische Katholische Wochenzeitung, *Bürger und Christ*). Auf *protestantischer* Seite haben sich Hilfswerke ebenfalls gegen das Gesetz ausgesprochen, und im Abstimmungskampf hat sich namentlich der Zentralvorstand Evangelischer Hilfswerke und Missionen gegen das Gesetz engagiert. Der Vorstand des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes hingegen sprach sich gegen eine Bekämpfung des Gesetzes aus und rief Hilfswerke und Mitgliedskirchen dazu auf, „sich im späteren Vollzug für eine schonende Anwendung einzusetzen“. Dabei gab er zu bedenken, daß es nützlich sein werde, wenn sich die Kirchen „nicht durch ihr Verhalten im Abstimmungskampf ins Abseits manövriert haben“.

Daß die Hilfswerke nun auf der Seite der Verlierer sind, dürfte in der Tat nicht ohne politische Folgen bleiben.

Sicherheitspolitische Stellungnahme des ZdK

Nach längerer Diskussionsphase, begleitet von internen Konflikten, hat das Zentralkomitee der deutschen Katholiken auf seiner Herbstvollversammlung 1994 (vgl. ds. Heft, 5) eine außen- und sicherheitspolitische Stellungnahme mit dem Titel „Den Weltfrieden fördern und sichern – eine solidarische Pflicht der Staatengemeinschaft“ verabschiedet. Es handelt sich dabei um einen Beitrag zur aktuellen öffentlichen Diskussion, der auf „Konsequenzen für eine deutsche Beteiligung an der sicherheitspolitischen und militärischen Gewährleistung des Friedens“ hinweisen will. Um Duktus und Tendenz dieser Erklärung, in der unter anderem eine mögliche Beteiligung deutscher Soldaten auch an internationalen Kampfeinsätzen befürwortet und unterstrichen wird, das vereinigte Deutschland müsse die Lasten der weltpolitischen Situation uneingeschränkt mittragen, gab es bereits auf der ZdK-Herbstvollversammlung 1993 massive Auseinandersetzung (vgl. HK, Januar 1994, 4). Kritiker monierten den Mangel an grundsätzlicher friedens- und sicherheitspolitischer Reflexion. Eine Überbetonung der huma-

nitären Aufgaben der Bundeswehr wurde ebenso beanstandet wie eine zu einseitige Konzentration auf militärische Maßnahmen unter dem aktuellen Eindruck des Balkankonfliktes. Letztendlich scheiterte die Verabschiedung jedoch an der formalen Beschlussfähigkeit des Gremiums. Nachdem die Stellungnahme im Anschluß an diese Debatte noch einmal mit dem Auftrag überarbeitet worden war, die verschiedenen Kritikpunkte zu berücksichtigen, verabschiedete der Geschäftsführende Ausschuß diese im Mai 1994 als „Diskussionsvorlage“. Nach einer kurzen Neuauflage der Debatte von 1993 wurde die Erklärung jetzt mit deutlicher Mehrheit verabschiedet. Neben der Kernaussage, „die Staaten und internationalen Organisationen müssen sich zu einer solidarischen Förderung und Sicherung des Weltfriedens durchringen“, dringt das Laiengremium auch auf eine Fortschreibung des Wortes der Deutschen Bischofskonferenz „Gerechtigkeit schafft Frieden“ (vgl. HK, Juni 1983, 255 ff.), die der veränderten Weltlage und den neuen Herausforderungen der Friedensförderung und Friedenssicherung Rechnung trage.

Treffen zwischen Vertretern der serbisch-orthodoxen Kirche und des ÖRK in Genf

Zu einem Austausch über die Rolle der Kirchen und der ökumenischen Kirchenbünde innerhalb des Konfliktes im ehemaligen Jugoslawien hatten der Ökumenische Rat der Kirchen und die Konferenz Europäischer Kirchen Mitte November mehrere Vertreter einiger Mitgliedskirchen geladen, darunter der serbisch-orthodoxen Kirche, des Ökumenischen und des Moskauer Patriarchats, der Kirche von Griechenland, des Schweizerischen Evangelischen Kirchenbundes, der Kirchen von Schweden und von England, des Kirchenrates von Großbritannien und Irland, des Nationalen Kirchenrates der USA und der EKD. Den Anlaß für das Gespräch in Genf gaben die nun schon über zwei Jahre latent vorhan-

denen Spannungen zwischen Repräsentanten der serbisch-orthodoxen Kirche und anderen Mitgliedskirchen des ÖRK (vgl. HK, Oktober 1993, 481 f.). Zu einer weiteren Verschärfung dieses Konfliktes hatten vor allem zwei Erklärungen der serbisch-orthodoxen Bischöfe im Sommer 1994 geführt, in der die Kirche dem Führer der bosnischen Serben, *Radovan Karadžić*, Rückendeckung gewährte, den internationalen Friedensplan als unannehmbar ablehnte und die serbische Nation zu Widerstand und Kampf um vorgeblich jahrhundertalte Rechte, Freiheiten und Gebiete aufforderte. Von seiten der EKD hatte besonders Auslandsbischof *Rolf Koppe* massive Kritik an diesen Erklärungen geübt (vgl. HK September 1994, 486). Einzelne Vertreter der EKD und der Evangelischen Kirche in Österreich hatten in letzter Zeit mit Verweis auf die unversöhnliche Rolle der serbisch-orthodoxen Kirche auf deren Ausschluß aus ÖRK und KEK gedrängt. Um so mehr stieß das gemeinsame Kommuniqué des Genfer Treffens auf Verwunderung und Ablehnung. Darin heißt es, gravierende Kommunikationsstörungen hätten zu Spannungen und Mißverständnissen geführt. Nicht alle Meinungsverschiedenheiten hätten sich ausräumen lassen; neben der Verpflichtung zur Fortsetzung des Dialogs und der Verständigung darauf, die ökumenische Gemeinschaft nicht auflösen, sondern vertiefen zu wollen, betonten die Vertreter der Kirchen außerhalb des früheren Jugoslawiens ihre Mitverantwortung und die ihrer Länder für die Krise auf dem Balkan. Vertreter der EKD kritisierten daraufhin, daß in der Genfer Erklärung die serbisch-orthodoxe Kirche keinerlei Verantwortung übernehme. Dennoch unterstütze man den Dialog.

Internationale Konsultation über Christentum und Modernisierung in Peking

Die internationale akademische Konsultation, die vom 10. bis 14. Oktober 1994 in Beijing stattfand und an der 50

Fachleute aus den Gebieten der Religionswissenschaft, der Theologie, der Soziologie und verwandter Bereiche aus China, Asien, Europa, Nord- und Lateinamerika teilnahmen, griff mit dem Thema „Christentum und Modernisierung“ ein gerade für das heutige China brisantes Problem auf. Bemerkenswert und bisher einmalig war auch, daß die Konferenz von der *chinesischen Akademie der Sozialwissenschaften* zusammen mit der protestantischen *Amity Foundation* organisiert worden war. Die in der Akademie organisierten *Institute für die Weltreligionen* von Beijing, Nanjing, Shanghai und Chengdu waren mit fast 20 Fachleuten für die christlichen Kirchen maßgeblich an der Vorbereitung und Durchführung der Konferenz beteiligt. Die übrigen chinesischen Teilnehmer kamen von der theologischen Fakultät der Protestanten aus Nanjing. Das dichtgedrängte Programm der Konsultation umfaßte sechs Themenbereiche, in denen Fragen des ost-westlichen kulturellen Austausches, des Verhältnisses des Christentums zu anderen Kulturen, der Beziehung zwischen dem Christentum und den Naturwissenschaften und Fragen der wirtschaftlichen Entwicklungen behandelt wurden. Zentrale Thematik der Konferenz war das Verhältnis zwischen Christentum und der Moderne, wie auch die gegenwärtig gängige Diskussion um die Postmoderne. Es war der Reiz und das Ungewohnte an dieser Art einer akademischen Begegnung, daß erstmals in der VR China in einer solch repräsentativen Weise das Gespräch zwischen im Dienst der Regierung und der kommunistischen Partei stehenden Wissenschaftlern und Fachleuten auf dem Sektor der Religionen mit religiös und kirchlich gebundenen Fachleuten aus dem Ausland gesucht wurde. Am Anfang der Konferenz stand eine Auseinandersetzung mit der Rolle der christlichen Mission in China in der Vergangenheit. Hier ging es um die Ambivalenz, daß die christlichen Missionare auf der einen Seite durchaus positiv den interkulturellen Austausch vorangebracht und reformerisch auf den Gebieten der Erziehung, der Me-

dizin und der Wissenschaft gewirkt haben. Andererseits bleibt diese modernisierende Rolle der Mission in den Augen der Chinesen suspekt, weil das

Motiv der Verbreitung des Glaubens und der Mitgliedergewinnung durch Konversion Fragen an die Motivation und letzte Zielrichtung aufwerfen.

Weiter Themen waren das Verhältnis zwischen Christentum und den modernen Naturwissenschaften und Fragen der Ökonomie und Wirtschaft.

Bücher

ERNST-OTTO CZEMPIEL, *Die Reform der UNO. Möglichkeiten und Mißverständnisse*. Verlag C. H. Beck, München 1994, 200 S., 19,80 DM

Unermüdlich wiederholt Czempel seine Botschaft in den unterschiedlichsten Variationen, veranschaulicht an immer wieder neuen Problembereichen und konkreten Handlungsfeldern: Die UNO, die in diesem Jahr ihr 50. Jubiläum feiert, droht an ihrer permanenten Überforderung zu zerbrechen. Wie kein anderes internationales Instrument leide sie unter ständigen Mißverständnissen. Die UNO zu reformieren – dabei beschränkt sich Czempel auf den Sachbereich internationale Sicherheit – verlange deshalb zuerst nach einer kritischen Sichtung des chronisch übertriebenen Leistungsvermögens. Konsequenterweise rechnet Czempel mit den vielen Mißverständnissen und „Mythen“ ab, mit denen Funktion, Konzeption und Reformpläne der UNO immer wieder überfrachtet werden: dem Mythos „kollektiver Sicherheit“, der Vorstellung vom Weltstaat mit den Vereinten Nationen als Weltregierung, Übertreibungen aber auch bezüglich der Wirksamkeit bestimmter Mechanismen und Strategien, etwa dort, wo in einem gescheiterten Staat von außen eine neue Ordnung aufgebaut werden soll. Die grundlegenden Annahmen, Prinzipien und Perspektiven, unter denen der Autor die verschiedenen UN-Institutionen und -Mechanismen auf ihren Reformbedarf untersucht, sind der vor allem in der Repräsentanz nachzuvollziehende Übergang von der Staatenwelt zur Gesellschaftswelt, ausschließlich Re-

gierungsvertreter bei den UN würden dieser Realität nicht mehr gerecht. Ein weiterer Schwerpunkt direkter Reformbedarfs liegt für Czempel in der Regionalisierung, der Bildung von regionalen Substrukturen der UNO. Drittens müßten Prävention und Konfliktvermeidung sehr viel stärker das Agieren der Vereinten Nationen bestimmen; Gewalt müsse verhindert, nicht sanktioniert und damit die ursprüngliche Aufgabe der UNO wieder ins Zentrum gerückt werden. Über die Analyse der Gründe, die zu einer chronischen Vernachlässigung der Prävention geführt haben, kommt Czempel zu einem vierten Grundsatz: Die UNO zu reformieren bedeute eigentlich die Außenpolitik ihrer Mitgliedsstaaten zu reformieren, lautet sein Fazit. A. F.

JÜRGEN WERBICK, *Kirche. Ein ekklesiologischer Entwurf für Studium und Praxis*. Verlag Herder, Freiburg 1994. 440 S., 78,- DM.

Kirche ist kein Selbstzweck, aber gerade darum muß sie sich immer wieder mit sich selbst befassen. Es braucht vor allem in Umbruchzeiten als Teil der Neubesinnung auf die christliche Botschaft in ihren zentralen Inhalten das Nachdenken darüber, inwieweit die Kirche diese Botschaft mit ihren Ausdrucksgestalten und Strukturen fördert bzw. wo sie ihr eher im Weg steht. Diesem Ziel ist die Ekklesiologie des Münsteraner Fundamentaltheologen Werbick verpflichtet, übrigens schon der dritte systematische Entwurf zum Thema Kirche, der innerhalb kurzer Zeit im deutschen Sprachraum er-

scheint: 1992 kamen die einschlägigen Werke von *Medard Kehl* (vgl. HK, Dezember 1992, 581) und *Siegfried Wiedenhofer* (vgl. HK, August 1992, 390) heraus. Kehl legt den Akzent besonders auf die gegenwärtige Situation der katholischen Kirche als Weltkirche wie als Kirche in moderner Gesellschaft; Wiedenhofers Darstellung ist vor allem um lehrbuchmäßige Übersichtlichkeit und Knappheit bemüht. Die Ekklesiologie von Jürgen Werbick wiederum hat ihr Spezifikum darin, daß sie an den *Grundmetaphern* für die Kirche orientiert ist, die jeweils auf ihre Herkunft, auf ihre geschichtlichen Wandlungen, ihre problematischen Seiten wie ihre erschließende Kraft für ein heutiges Kirchenverständnis befragt werden; Kirche als Volk Gottes, Stadt Gottes, Tempel des Heiligen Geistes, Braut, Mutter der Gläubigen, Leib Christi, Gemeinschaft der Heiligen. Am Anfang des durchweg dicht geschriebenen Entwurfs steht ein Kapitel über „Gottes Unsichtbarkeit und die Unansehnlichkeit seiner Kirche“, das den Tenor für alle weiteren Überlegungen Werbicks angibt: Sie kreisen allesamt um die Spannungen zwischen dem Anspruch der Kirche, Zeichen und Vorschein des Reiches Gottes zu sein und ihrer dem oft nur wenig entsprechenden oder gar widersprechenden Wirklichkeit. Kirche ist immer nur dazu unterwegs, mit ihrer Sichtbarkeit der göttlichen Selbstoffenbarung in Jesu heilsamer Lebenspraxis zu entsprechen; aber gerade dieses Unterwegssein ist „wirksames Zeichen, in dem sich Gottes heilsame Zuwendung zu den Menschen aktualisiert“ (S. 430). U. R.